

Daniel Matthias Klocke

Rechtsschutz in kollektiven Strukturen

Die Verbandsklage
im Verbraucher- und Arbeitsrecht

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Einleitung	1
A) Arbeitsrecht und Verbraucherrecht als kollektive Strukturen	1
B) Die zunehmende Verknüpfung der Rechtsgebiete	2
C) Die Verbandsklage und individuelle Freiheit	5
D) Die Vorgaben des Unionsrechts	7
E) Gang der Darstellung	8
 Erster Teil: Die Verbandsklage im Verbraucherrecht	 11
A) Die historische Einordnung des kollektiven Verbraucherrechts	11
B) Der Verbraucherbegriff nach § 13 BGB	13
I. Das Merkmal „Verbraucher“	13
II. Rollenmodell und Systembezogenheit	14
III. Die Verbraucher	15
IV. Zwischenergebnis	16
C) Die Strukturen und Funktionen des Verbraucherrechts	16
I. Der Verbraucher im deutschen und im europäischen Recht	16
II. Information	17
III. Die weitergehende Kompensation	17
IV. Prävention	17
D) Die Funktionen der Verbandsklage im Verbraucherschutzrecht	18
I. Schutzzwecke der Verbandsklage	18
1. Der Schutz des Rechtsverkehrs und der Privatautonomie ...	18
2. Der Individualschutz und Breitenwirkung	19
3. Die Klärung von Rechtsfragen	20
II. Die Verbandsklagebefugnis in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	 20
E) Der unionsrechtliche Bezugsrahmen des kollektiven Verbraucherrechts	 21
I. Der primärrechtliche Verbraucherschutz	21

II.	Die Unterlassungsklagenrichtlinie (2009/22/EG)	22
1.	Die kollektiven Interessen der Verbraucher	22
2.	Der Regelungsansatz	23
3.	Die Akteure der Unterlassungsklage – insb.: die qualifizierten Einrichtungen	23
4.	Die Rechtsbehelfe	24
5.	Die fehlenden Umsetzungsanforderungen	24
6.	Die Zuordnung der kollektiven Interessen und der Verbandsinteressen	24
III.	Die UGP-Richtlinie (Richtlinie 2005/29/EG)	25
1.	Zweck der Richtlinie	26
2.	Der personelle Anwendungsbereich	26
3.	Die unlautere Geschäftspraktik	26
IV.	Die Durchsetzung des Unionsrechts	27
V.	Zwischenergebnis	27
F)	Das Unterlassungsklagengesetz	28
I.	Die Regelungsstruktur des UKlaG	28
II.	§ 1 UKlaG – die Klauselkontrolle	28
1.	Allgemeine Geschäftsbedingungen	28
a)	Unwirksamkeit nach den §§ 307–309 BGB	29
aa)	Die erfassten Normen	29
bb)	Das Versagen der Richtigkeitsgewähr des Vertrages ..	30
cc)	Die Unwirksamkeit nach § 307 Abs. 1 BGB	31
(1)	Der Regelungsgehalt von § 307 Abs. 1 BGB	31
(2)	Die Interpretation der AGB	31
(3)	Die Grundlage der typisierten Betrachtung	32
(4)	Zwischenergebnis	34
b)	Der Verstoß gegen andere Schutzgesetze	35
2.	Anspruchsgegner und Verletzungshandlung	35
3.	Erstbegehungs- und Wiederholungsgefahr	36
4.	Das Abstraktionsniveau des Anspruchs	36
5.	Zwischenergebnis	37
III.	§ 2 UKlaG – der Rechtsbruchtatbestand	37
1.	Vorschriften zum Schutz der Verbraucher	38
2.	Die Zuwiderhandlung	39
3.	Das Verbraucherschutzinteresse	39
a)	Die Gesetzgebungsgeschichte	39
b)	Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 26.11.2008 – VIII ZR 200/05	40
c)	Art. 1 § 3 Nr. 8 RBERG a. F.	40
aa)	Das Urteil vom 14.11.2006 – XI ZR 294/05	41
bb)	Bewertung	41
d)	Weitergehende Stellungnahmen in der Literatur	42
e)	Zusammenfassung	43

4. Der Rechtsmissbrauch	43
IV. Der Beseitigungsanspruch	43
V. Die Anspruchsinhaberschaft, §§ 3 und 4 UKlaG	45
1. Die Parallele zwischen § 3 Abs. 1 Nr. 1 UKlaG und § 8 Abs. 3 Nr. 3 UWG	46
2. Überblick über die Entwicklung der Tatbestände	46
3. Prozessuale Lösungen	47
4. Der materiell-rechtliche Anspruch	48
a) Das Meinungsspektrum innerhalb der materiell- rechtlichen Lösung	49
b) Die Kritik	49
aa) Das fehlende Stammrecht	49
bb) Die Kontroverse um die Anspruchsqualität von § 1004 BGB	51
5. Die Doppellösung des Bundesgerichtshofs	52
6. Stellungnahme	53
a) Das materiell-rechtliche Fundament des Anspruchs	54
aa) Der Wortlaut des § 194 BGB	55
bb) Der Anspruch und das subjektive Privatrecht	55
(1) Der Standort des subjektiven Rechts	55
(2) Das Unterlassungsinteresse im subjektiven Recht .	56
(a) Die Diskussion um die Verbandspersönlichkeit	57
(b) Die Interessen jenseits des Durchsetzungsinteresses	57
cc) Die Legitimation als Element des Anspruchs i. S. v. § 194 BGB	58
dd) Kollektive Interessen als Legitimationsgrundlage des Anspruchs	60
(1) Der ambivalente Interessenbegriff	60
(2) Exkurs: Die kollektiven Interessen im BetrVG ...	61
(a) Der Standort der kollektiven Interessen bei den Beratungsrechten	62
(b) Der kollektive Tatbestand nach der Rechtsprechung des BAG	62
(c) Die kollektiven Interessen bei personellen Maßnahmen i. S. v. § 99 BetrVG	64
(d) Insbesondere: die teleologische Reduktion von § 99 BetrVG bei fehlenden kollektiven Interessen	65
(e) Zwischenergebnis	66
(3) Die Fassung kollektiver Interessen	66
(a) Die Schwierigkeiten der Organisation – „Die Logik kollektiven Handelns“	66
(b) Die „diffusen Interessen“	68
(c) Kritik an der Figur der diffusen Interessen ...	69

(4) Die Materialisierung von Durchsetzungsinteressen	70
(a) Der Aufbau der Rechtsordnung und Methodik anhand von Interessen	70
(b) Das Durchsetzungsinteresse	71
(c) Das Durchsetzungsinteresse in der Architektur des Rechts	72
(d) Das Durchsetzungsinteresse auf kollektiver Ebene	73
(5) Kollektive Interessen als rechtliche Verarbeitung diffuser Interessenlagen	74
(a) Verbraucherschutz oder Schutz der Verbraucher	74
(b) Typusbegriff und typisches Interesse	76
(c) Typisierte Interessen als geordnete diffuse Interessen	77
(d) Nicht-mehr-diffuse Interessen als kollektive Interessen	78
(e) Die personalisierte Anknüpfung auf Tatbestandsebene	79
(f) Das gesetzlich bestimmte Kollektiv	80
(g) Der Unterschied zwischen der Summe natürlicher Individualinteressen und der typisierten Interessenlage	80
(h) Zwischenergebnis	81
(6) Die eigenen Interessen der Verbände	82
(7) Zusammenfassung	83
(8) Die Fundamente eines Kollektivrechtsverhältnisses	84
b) Die prozessuale Natur der Verbandsklage	85
aa) Die Durchsetzung des subjektiven Rechts	85
bb) Die Gründe für die Trennung von Prozessrecht und materiellem Recht	86
cc) Der Justizgewährleistungsanspruch als Weichenstellung für den Individualrechtsschutz	86
dd) Die prozessuale Rechtfertigung der Durchsetzung fremdlegitimierter Ansprüche	87
ee) Ergebnis	88
c) Exkurs: Der Anspruch oder die Ansprüche nach dem UKlaG	88
d) Die berechtigten Stellen	89
e) Die Eintragung als qualifizierte Einrichtung nach § 4 Abs. 2 UKlaG	89
aa) Der Verband und die Rechtsfähigkeit	89
bb) Die Anforderungen an die Satzung und die satzungsgemäße Tätigkeit	90
cc) Aufklärung und Beratung	90

dd) Alleiniger Hauptzweck des Verbandes?	91
ee) Die Auslegung der Zweckbestimmung	92
ff) Teilgebietsbeschränkungen und Koppelung an die Mitgliedschaft	92
gg) Fehlende Gewerbsmäßigkeit	94
hh) Der dogmatische Entwurf der Voraussetzungen auf die Legitimation der Verbände	95
VI. Flankierende Auskunftsansprüche	95
VII. Das Verfahren nach dem Unterlassungsklagengesetz	96
1. Außergerichtliche Lösungen	96
2. Der Prozess	96
a) Der Streitgegenstand	96
b) Die Anwendung der ZPO- und UWG-Vorschriften auf das Verfahren	97
c) Die Zuständigkeit nach § 6 UKlaG	98
d) Die Streitwertbegünstigung	98
e) Die Veröffentlichungsbefugnis nach § 7 UKlaG	98
g) Die Besonderheiten für das Verfahren nach § 1 UKlaG, §§ 8–11 UKlaG	99
aa) Allgemeines (Klagantrag etc.)	99
bb) Urteilsformel	99
cc) Die Einwendung einer anderen Entscheidung	99
dd) Wirkungen der Entscheidung im Übrigen	99
VIII. Zwischenergebnis	100
G) Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	100
I. Verbraucherschutz durch Wettbewerbsrecht.	101
II. Das Begriffspaar Verbraucher und Unternehmer	102
III. Die Struktur der §§ 8, 3 ff. UWG	102
1. Die unlautere geschäftliche Handlung	102
a) Die geschäftliche Handlung	103
b) Die Unlauterkeit	103
c) Insbesondere: die Unlauterkeit § 4 Nr. 11 UWG	103
aa) Die Entwicklung des sog. Rechtsbruchtatbestands ...	104
bb) Die Marktverhaltensregel	105
cc) Ein Beispiel: § 307 BGB als Marktverhaltensregeln ...	106
dd) Rückgriff auf § 3 Abs. 1 UWG?	106
d) Die „Spürbarkeit“	108
2. Die kollektiven Durchsetzungsinstrumente im UWG (§ 8 und § 10 UWG)	108
3. Die Aktivlegitimation der kollektiven Akteure	109
4. Der Rechtsmissbrauch nach § 8 Abs. 4 UWG	109
5. Die prozessualen Regelungen der §§ 12–15 UWG	110
6. Ergebnisse	111
H) Ergebnisse	111

Zweiter Teil: Die Verbandsklage im Arbeitsrecht	113
A) Das kollektive Arbeitsrecht	113
I. Die Zweispurigkeit der Interessenvertretung	114
II. Die strukturelle Unterlegenheit des Arbeitnehmers	114
III. Die Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen	115
IV. Das sog. Gegenmachtprinzip	116
V. Arbeitsrecht und kollektiver Rechtsschutz	116
VI. Zwischenergebnis	117
B) Der kollektive Rechtsschutz im Arbeitsrecht und seine Berührungspunkte mit dem Verbraucher- und Wettbewerbsrecht ..	117
I. Der kollektive Rechtsschutz im Arbeitsrecht	118
1. Die Begriffsfassung des kollektiven Rechtsschutzes	118
a) Die Diskussion um den Begriff des kollektiven Rechtsschutzes	118
b) Die anerkannten Formen kollektiven Rechtsschutzes	118
aa) Die Popularklage	119
bb) Die Kollektivklage (insb. die Gruppenklage)	119
cc) Die subjektive Klagehäufung	120
dd) Die Prozessstandschaft	120
ee) Der Musterprozess	120
c) Orientierung am kollektiven Interesse	121
d) Zwischenergebnis	122
2. Instrumente des kollektiven Rechtsschutzes im kollektiven Arbeitsrecht	122
a) Die „Verbandsklagen“ im Tarifvertragsrecht	123
aa) Die Kontrolle von Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit (§ 97 ArbGG)	123
(1) Tariffähigkeit und Tarifzuständigkeit	123
(2) Die Funktionen des Rechtsbehelfs	124
(3) Besonderheiten des Verfahrens	124
(a) Die Antragsbefugnis	124
(b) Das Feststellungsinteresse	125
(4) Die Aussetzung des Verfahrens	125
bb) Die Kontrolle der Wirksamkeit und des Inhalts eines Tarifvertrages gem. § 9 TVG	125
(1) Der Tarifvertrag als Normenvertrag	126
(2) Das Feststellungsinteresse	127
(3) § 9 TVG analog im Betriebsverfassungsrecht	128
cc) Zwischenergebnis	128
b) Gesetzliche Prozessstandschaft und Beistandschaft im kollektiven Arbeitsrecht	128
aa) Die gesetzliche Prozessstandschaft nach § 25 HAG ..	128
(1) Zweck der Norm	128
(2) Der entgegenstehende Wille des Heimarbeiters ...	129

bb) Die Beistandschaft nach § 23 Abs. 2 S. 1 AGG	129
(1) Der kollektive Akteur	129
(2) Die Beistandschaft	130
(3) AGG und UWG/UKlaG	131
3. Exkurs: Kollektive Klagerechte im Sozialrecht	131
a) § 63 SGB IX	131
aa) Verbandsklage?	131
bb) Die Durchbrechung der Abhängigkeit der Prozessführung vom materiellen Recht	132
cc) Konsequenz	132
b) § 13 BGG	132
aa) Der Zweck der Norm	133
bb) Die durchsetzbaren Normen.	133
cc) Die Klageart	134
dd) Möglichkeiten der Rechtsfortbildung	134
ee) Besondere Zulässigkeitsaspekte	134
ff) Aktivlegitimation und Anerkennung	135
gg) Die Zielvereinbarung i. S. v. § 5 BGG.	135
c) Die Prozesskosten	136
d) Fazit	136
4. Ergebnis	137
II. Das Verhältnis des Arbeitnehmerbegriffs zum Verbraucherbegriff	137
1. Das Meinungsspektrum nach Schaffung des § 13 BGB	137
2. Die Entscheidung des BAG vom 25.5.2005 – 5 AZR 572/04	139
3. Der Verbraucherbegriff im UWG	141
III. Die Verbandsklagebefugnis der Gewerkschaften	144
1. Die Koalition i. S. v. Art. 9 Abs. 3 GG	144
a) Die Vereinigung	144
b) Der Vereinigungszweck i. S. v. Art. 9 Abs. 3 GG	144
c) Die Gegnerfreiheit und die Überbetrieblichkeit	145
d) Die demokratische Binnenstruktur	145
2. Die Gewerkschaft i. S. v. § 2 Abs. 1 TVG	146
a) Der einheitliche Gewerkschaftsbegriff	146
b) Die Tariffähigkeit	146
c) Insbesondere: Die Tariffähigkeit und Art. 9 Abs. 3 GG ...	147
d) Die Tarifwilligkeit	147
e) Die demokratische Organisation	148
f) Die soziale Mächtigkeit und Leistungsfähigkeit	148
3. Gewerkschaften als qualifizierte Einrichtungen i. S. v. § 4 Abs. 2 UKlaG	150
a) Die Rechtsfähigkeit des Verbandes	150
b) Die satzungsgemäße Tätigkeit	150
c) Nicht gewerbsmäßig	151

d) Exkurs: Gewerkschaften als passivlegitimierte Unternehmen?	151
e) Gewähr für die sachgerechte Aufgabenerledigung und Mitgliederzahl	152
4. Die sachliche Zuständigkeit der Gewerkschaften	153
IV. Die Erfassung des Arbeitsrechts durch das UWG	153
1. Die Verweisung durch § 8 Abs. 1 UWG	154
2. Die unlautere geschäftliche Handlung auf dem Arbeitsmarkt nach § 3 Abs. 1 UWG	154
a) Die geschäftliche Handlung	154
aa) Der Abschluss des Arbeitsvertrages im System des § 2 Abs. 1 Nr. 1 UWG	154
(1) Der Dienstleistungsbegriff des UWG	155
(2) Arbeitsmarkt und Gütermarkt – Funktionen und Regulierung	156
(3) Die Funktionen des Arbeits- und Wettbewerbsrechts	157
(4) Die grundsätzliche Abgrenzung von UWG und GWB sowie ihre Auswirkung auf das Arbeitsrecht	158
(a) Die Bedeutung des GWB für den Tarifvertrag	159
(b) Sperrwirkung?	159
(5) Die Erfassung des Arbeitsmarkts durch das UWG: die Nachfrage nach Arbeit	160
(6) Ergebnis	161
bb) Vertrags- und Gesetzesverletzungen im Arbeitsverhältnis	161
(1) Die alte Rechtsprechung des BGH	162
(2) Die aktuelle Diskussion	162
(3) Zwischenergebnis	163
cc) Der objektive Zusammenhang mit dem Bezug von Dienstleistungen	163
(1) Die Begriffsfassung der herrschenden Meinung	164
(2) Auswirkungen für das Arbeitsrecht	165
dd) Zwischenergebnis	166
b) Die Lauterkeit des Verhaltens im Arbeitsverhältnis	166
aa) Die Unlauterkeit nach § 7 Abs. 2 Nr. 2 UWG	166
bb) Die Unlauterkeit nach § 4 Nr. 11 UWG	167
(1) Die überkommene kategoriale Trennung	167
(2) Die (einschränkende) unionsrechtskonforme Interpretation des BGH	168
(3) Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz	168
(4) Tarifverträge	170
(a) Die Rechtsprechung zur alten Rechtslage	171
(b) Die Rechtslage nach dem UWG 2004/2008 für einfache Tarifverträge	172

(c) Die Rechtslage bei einer Allgemeinverbindlicherklärung	172
(d) Sonderfall: vom AEntG erfasste Tarifverträge ..	173
(5) Zwischenergebnis	173
3. Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	173
C) Die Anwendung des UKlaG im Arbeitsrecht	175
I. § 1 UKlaG i. V. m. Art. 9 Abs. 3 GG	175
1. Die Rechtsfortbildung kollektiver Strukturen	175
a) Die allgemeine Theorie der Verbandsklage nach Wolf	175
aa) Keine Lösung über die gewillkürte Prozessstandschaft	176
bb) Das Gruppeninteresse und rechtliche Anerkennung ..	176
cc) Die Zuordnung des Gruppeninteresses zu den Verbänden	176
dd) Die Feststellung nicht ausdrücklich anerkannter Gruppeninteressen	177
ee) Die Einordnung der Verbandsklage in die Sozialordnung	177
ff) Würdigung	178
b) Die Fundamentalkritik des kollektiven Rechtsschutzes ...	179
aa) Die Verbandsklage als Fremdkörper im Recht	180
bb) Singularia non sunt extenda	180
cc) Exkurs: Das Verbot der Popularklage	182
c) Die Fundamente der kollektiv-rechtlichen Strukturen	183
aa) Kollektivismus und Individualismus	183
bb) Die Privatautonomie	185
(1) Die Bedeutung des Freiheitsbegriffs	186
(a) Die zwei Freiheitsbegriffe von Isaiah Berlin ..	186
(b) Ein „monströser Trick“	187
(c) Die Standortbestimmung der Freiheit im kollektiven Rechtsschutz	187
(d) Zwischenergebnis	188
(2) Die Modelle der Privatautonomie	188
(3) Der Gehalt von Art. 2 Abs. 1 GG	189
(4) Die Schutzpflicht aus Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 20 Abs. 1 GG	189
(5) Die Bedeutung von Spezialgrundrechten	190
(6) Die Ermittlung und Bewertung von Ungleichgewichtslagen	190
(7) Die Beurteilung von Äquivalenzstörungen im Vertrag durch die Gerichte	191
(8) Die Privatautonomie i. S. v. Art. 2 Abs. 1 GG als Wertentscheidung bei der Ausgestaltung des Rechts	191
(9) Kollektiver Rechtsschutz vor dem Hintergrund der Privatautonomie	192

cc) Das Prinzip freier sozialer Gruppenbildung	192
dd) Das Menschenbild des Grundgesetzes	193
ee) Zusammenfassung: Der Standort des kollektiven Rechtsschutzes	194
ff) Die Rechtsfertigungsgründe für kollektiven Rechtsschutz	195
(1) Die Bekämpfung von Durchsetzungsdefiziten	195
(2) Die kollektive Zweckerreichung	196
(3) Die Prozessökonomie	198
(4) Die Bedeutung dieser Grundlagen	198
d) Die Voraussetzungen der Rechtsfortbildung kollektiver Strukturen	199
aa) Allgemeine Grundsätze der Rechtsfortbildung	199
bb) Insbesondere: die Abstraktionshöhe der zu vergleichenden Interessen	200
cc) Die Interessenvergleich beim kollektiven Rechtsschutz	201
dd) Zusammenfassung	202
2. Die Ausnahme für das Arbeitsrecht nach § 15 UKlaG	202
a) Die Regelungslücke	203
b) Die Reichweite der Ausnahme	203
c) Die Gesetzgebungsgeschichte der Norm	204
aa) Die Ausnahme nach § 23 AGBG	204
(1) Stellungnahme des Gesetzgebers und ihre Rezeption durch den BGH	204
(2) Die Entwicklung der methodischen Verwertung des AGBG durch das BAG	205
(3) Zwischenergebnis	206
bb) Die Motive hinter dem Ausschluss gem. § 15 UKlaG .	206
(1) Die Gründe für den Ausschluss	206
(2) Die Öffnung für die Rechtsfortbildung	207
cc) Antworten auf die beschriebenen Probleme	208
(1) Tarifliche Sicherungsinstrumente	208
(a) Der Durchführung- bzw. Einwirkungsanspruch	208
(aa) der Durchführungsanspruch	209
(bb) Der Einwirkungsanspruch	210
(cc) Grenzen der Einwirkungspflicht	211
(dd) Prozessuale Besonderheiten	212
(ee) Zwischenergebnis	212
(b) Geltendmachen von Rechten aus dem normativen Teil des Tarifvertrages	213
(c) Die Verbandsklage im Tarifvertragsrecht	214
(2) Die sog. arbeitsrechtliche Verbandsklage	215
(a) Der „Burda“-Beschluss	216
(aa) Der Sachverhalt	216
(bb) Die statthafte Verfahrensart	217

(cc) Die Antragsbefugnis	217
(dd) § 1004 BGB i. V. m. Art. 9 Abs. 3 GG	217
(ee) Die Anforderungen an den Eingriff in die Tarifautonomie gemäß Art. 9 Abs. 3 GG .	218
(ff) Das Verhältnis zur Einwirkungsklage und zur Geltendmachung von Individualrechten	219
(gg) Zusammenfassung	220
(b) Bestehende Probleme der Lösung des BAG ..	221
(aa) Der Inhalt von Art. 9 Abs. 3 GG	221
(bb) Die fehlende gesetzgeberische Konkretisierung des Art. 9 Abs. 3 GG ...	221
(cc) Vorrang des Individualschutzes	222
(dd) Die Erfassung nicht Tarifgebundener	223
(ee) Zwischenfazit und Ausblick	225
(c) Der Unterlassungsanspruch bei für allgemeinverbindlich erklärten Tarifverträgen?	225
(d) Der Folgenbeseitigungsanspruch	226
(aa) Die Entscheidung des BAG vom 17.5.2011 – 1 AZR 473/09	226
(bb) Die Konsequenzen	227
(e) Gemeinsame prozessuale Probleme	227
(aa) Die statthafte Verfahrensart	227
(bb) Die Nennung tarifgebundener Arbeitnehmer im (Klage-)Antrag	229
(f) Bedeutung für die Verbandsklage	229
(3) Zwischenergebnis	230
(4) Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	230
(5) Die richtige Verfahrensart	231
(6) Die kollektiven Akteure	231
(a) Die Funktionen der Betriebsverfassung	232
(b) Die Betriebsautonomie bzw. Regelungsbefugnis	233
(aa) Die Binnenschranken der Betriebsautonomie	233
(bb) Die dogmatischen Grundlagen der Betriebsautonomie	234
(c) Die AGB-Kontrolle durch den Betriebsrat ...	235
(aa) Die Überwachung der Verwendung der AGB	235
(bb) Das Mitbestimmungsrecht des § 94 Abs. 2 BetrVG	236
(cc) Der Informationsanspruch nach § 80 Abs. 2 BetrVG und die Weitergabe der Informationen	237

(d) Die fehlende weitergehende Zuordnung des Betriebsrats zur Durchsetzung der Rechte der Arbeitnehmer	237
(aa) Der allgemeine Unterlassungsanspruch bei Arbeitnehmerschutznormen	238
(bb) Der allgemeine Durchführungsanspruch aus der Betriebsvereinbarung	238
(cc) Die ausgeschlossene Abtretungslösung ...	240
(dd) Der Anspruch aus § 23 Abs. 3 BetrVG ...	240
(ee) Die Bedeutung für die Verbandsklage	240
(e) Die Einordnung der kollektiven Akteure im System der Verbandsklage	240
(7) Zusammenfassung	241
d) Zwischenergebnis	242
3. Die Vergleichbarkeit der Interessenlagen	242
a) Das methodische Vorgehen	242
b) Die Anforderungen an den Vergleich der Interessenlagen .	243
c) Die Rechtslage zugunsten der arbeitnehmerähnlichen Person	243
aa) Die arbeitnehmerähnliche Person als Verbraucher oder als Unternehmer	243
bb) Die Anwendung von § 15 UKlaG	244
cc) die zuständige Gerichtsbarkeit	245
dd) Ergebnis	246
d) Der Anspruch aus § 1 UKlaG als Wahrung der Arbeitsbedingungen i. S. v. Art. 9 Abs. 3 GG	246
aa) Das Koalitionsgrundrecht aus Art. 9 Abs. 3 GG	247
(1) Der Schutzbereich	247
(a) Die sog. Kernbereichsformel	248
(b) Die Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	248
(c) Der Begriff der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen	249
(d) Die Bestandsgarantie und die Organisationsautonomie	249
(e) Die koalitionspezifische Betätigungsgarantie .	249
(f) Art. 9 Abs. 3 GG als Durchsetzungsgarantie? .	251
(g) Die Wahrung der Arbeitsbedingungen	252
(h) Reduzierte Akzeptanz bei systematischen Angriffen auf Arbeitsbedingungen	252
(2) Die unmittelbare Drittwirkung	253
(3) Das Kodifikationskonzept	254
(4) Die Verbandsklage als Ausdruck kollektiver Privatautonomie	255
(a) „Virtuelle Repräsentation“?	256

(b) Gewerkschaftliches Handeln als kollektive Privatautonomie	256
(c) Die Formen möglicher Repräsentation	258
(d) Legitimation und Organisation der Verbände ..	258
(e) Das repräsentierte Interesse	259
(e) Die Durchsetzung negativer Interessen	261
(f) Zwischenergebnis	261
bb) Die Bedeutung der negative Koalitionsfreiheit – Schutz des Außenseiters?	261
cc) Der dogmatische Unterschied zur Burda-Lösung	262
dd) Zwischenergebnis	263
e) Unterschiedliche Funktionen und Regelungsansätze im Verbraucher- und im Arbeitsrecht	263
aa) Die Regelungsansätze des individuellen Arbeits- und des individuellen Verbraucherrechts	264
(1) Die Rolle des zwingenden Rechts	264
(2) Die Abstraktionshöhe der Rechtsgebiete/ die Bedeutung des öffentlichen Interesses	265
(3) Der Schutz des Schwächeren im Schuldverhältnis ..	266
(a) Der gemeinsame Ausgangspunkt	266
(b) Der Schutz des Individuums vor Verbandsmacht	266
(aa) Der Günstigkeitsvergleich	267
(bb) Keine Ausnahme beim Fehlen struktureller Ungleichheit	267
(cc) Der Bezugspunkt: das Individualinteresse	268
(dd) Der Vergleichsmaßstab	268
(ee) Der Vergleichsgegenstand	269
(ff) Die Bedeutung für das Arbeitsrecht	270
(gg) Zwischenergebnis	271
(4) Verbraucherrecht als punktuelles Recht?	271
(a) Die Rechtsprechung zu § 312 a. F. BGB	272
(b) Exkurs: Das Gesetz zur Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie u. a.	272
(c) Die Sonderstellung des AGB-Rechts	273
(d) Der Eingriff durch AGB	274
(e) Zwischenergebnis	274
(5) Unterschiedliche individuelle Ansätze von Arbeitnehmern und Verbrauchern?	275
(a) Fehlende Durchsetzung als Ausgangspunkt ..	275
(b) Die Rechtsschutzlücke	275
(c) Die Abstrahierung des Durchsetzungsinteresses ..	276
(d) Zwischenergebnis	277
bb) Die Regelungsansätze im kollektiven Arbeits- und kollektiven Verbraucherrecht	277

(1) Der verallgemeinerungsfähige Schutz vor Scheinbindungen	277
(2) Die Konkurrenz zur tarifvertraglichen Ordnung .	277
(a) Zwecke des Tarifvertragsrechts	278
(aa) Schutzfunktion und Kartellwirkung	278
(bb) Die Ordnungsfunktion	279
(cc) Die Verteilungsfunktion	280
(dd) Befriedungsfunktion	280
(ee) Die „Demarkation“ öffentlicher und privater Interessen	280
(b) Die unterschiedlichen Zwecke von Verbandsklage und Tarifordnung	280
(aa) Die fehlende Vertragsgestaltung im kollektiven Verbraucherrecht	281
(bb) Die Harmonisierung der Zwecke von Verbandsklage und Tarifvertrag	281
(cc) Die Konkurrenz der Angemessenheit	282
(dd) Die Reichweite tariflicher Lösungen und der AGB-Kontrolle	283
(ee) Zwischenergebnis	283
(3) Die Zunahme überindividueller Rechtsschutzinstrumente im Arbeitsrecht	284
(4) Schutz vor Rechtsmissbrauch	284
cc) Die Interaktionen von kollektiver und individueller Ebene	284
(1) Das Phänomen der Tarifierosion	284
(2) Allgemeine Geschäftsbedingungen im Arbeits- und Tarifrecht	285
(a) Die Besonderheiten des Arbeitsrechts nach § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	286
(b) AGB und das Tarifvertragssystem	286
dd) Zwischenergebnis	287
f) Die Bedeutung der Empfehlung 2013/396/EU für das Arbeitsrecht	287
aa) Der Inhalt der Empfehlung vom 11.6.2013	287
bb) Die Auswirkungen der Empfehlung für das Arbeitsrecht	289
(1) Der allgemeine Bedeutung einer Empfehlung	290
(2) Der Impuls für das Arbeitsrecht	291
(3) Die strukturelle Trennung von Arbeits- und Verbraucherrecht im Unionsrecht	291
(4) Die Zusammenführung von Arbeits- und Verbraucherrecht	292
g) Zwischenergebnis	293
4. Zwischenergebnis und dogmatische Lösung	295

5. Dogmatische Konsequenzen für den Anspruch aus § 1 UKlaG	295
II. § 2 UKlaG	297
III. Prozessuale Besonderheiten	298
1. Die Bedeutung der §§ 5 ff. UKlaG	298
2. Der Globalantrag und § 8 UKlaG	298
a) Die Anforderungen des § 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO i. V. m. § 46 Abs. 2 ArbGG	299
b) Die prozessuale Behandlung zu weit gefasster Globalanträge	299
c) Bedeutung für die Verbandsklage nach § 1 UKlaG	300
3. Rechtskrafterstreckung	300
4. Kosten	301
IV. Ergebnisse	301
 Zusammenfassung der Ergebnisse	 305
 Literaturverzeichnis	 313
 Sachregister	 331